

1009/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Edlinger, Dr. Heindl

und GenossInnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend PSK - Privatisierung

Die österreichische Post AG und die PSK AG sind eng miteinander verbunden. Dies drückt sich u.a. in einem langfristigen Kooperationsvertrag aus, der insbesondere die gemeinsame Nutzung der Vertriebskanäle über die Postämter und die entsprechenden finanziellen Abgeltungen zwischen den beiden Häusern regelt. Durch diese enge Verbindung haben strategische Geschäftsentscheidungen des einen Hauses unmittelbaren und direkten materiellen Einfluß auf die Entwicklungspotentiale, die nachhaltige Rentabilität und letztlich auch die Arbeitsplatzentwicklung des anderen Hauses.

Die PSK wurde im Mai des heurigen Jahres international zur Privatisierung ausgeschrieben. Dem Vernehmen nach hat dabei neben verschiedenen österreichischen Interessenten auch die Deutsche Postbank AG, die zu 100 % im Eigentum der Deutschen Post steht, Interesse an einem Erwerb der PSK bekundet und ein „unverbindliches Angebot“ abgegeben. Als Erwerber der PSK würde die Deutsche Postbank und damit indirekt auch die Deutsche Post AG als deren Mutter, materiellen Einfluß nicht nur auf die PSK selbst, sondern aus den genannten Gründen, auch auf die Geschäftsstrategie der österreichischen Post AG ausüben können. Es ist daher zu hinterfragen, ob es bei einem allfälligen Verkauf der PSK AG an die deutsche Postbank nicht zu einem nachteiligen Vermögenseffekt für die Republik kommt, da damit automatisch auch die Unternehmensstrategie der PTA AG in die Abhängigkeit der Geschäftspolitik eines Konkurrenten gerät. Letztlich begibt sich die Republik damit auch aller Optionen bei der geplanten künftigen Privatisierung der Post AG selbst.

Weiters wurde in einer Tageszeitung berichtet, dass das Investmenthaus Warburg Dillon Reed sowohl die ÖIAG beim Verkauf der PSK berät als auch mit der Privatisierung der Deutschen Post beauftragt ist.

Durch die Teilnahme der Deutschen Postbank am Bietprozeß um die PSK und im Hinblick auf einen möglichen Zuschlag an die Deutsche Postbank ergibt sich daher für die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende nachstehende

Anfrage:

1. Können Sie ausschließen, dass durch den allfälligen Erwerb der PSK durch die Deutsche Postbank die zur Privatisierung anstehende österreichische Post wesentlich (in Milliardenbeträgen) entwertet wird und somit ein zukünftiger Privatisierungserlös zulasten der Republik geschmälert wird?
2. Wie wird allenfalls sichergestellt, dass kein Einfluß des unmittelbaren Konkurrenten (Deutscher Post - Konzern) auf die strategische Ausrichtung und Konzeption der österreichischen Post genommen wird?
3. Wird die Privatisierung der österreichischen Post nicht überhaupt größtenteils in Frage gestellt, wenn ein unmittelbarer Konkurrent bereits maßgeblichen Einfluß über den bestehenden Kooperationsvertrag hat?
4. Wie kann sichergestellt werden, dass über den Kooperationsvertrag keine österreichischen Arbeitsplätze über indirekte Einflußnahme vernichtet werden (Auslastung der Postämter)?
5. Wie sehen Sie den Interessenskonflikt von Warburg Dillon Reed und die Stellung der ÖIAG vor diesem Hintergrund?